Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 2 Mk. 75 Pfg.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Meyer's elegante Herren-Anzüge feine Frühjahrs-Paletots!
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Simon's Annen-Hof
Dresden (im Centrum der Stadt)
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant Nur echte Biere.

M. Heppe, Waisenhausstr. 33
Pariser Modelhüte!
Grosse Auswahl in eleganten, sowie einfach garnirten **Damenhüten zu billigsten Preisen.** Grosse Auswahl in Trauerhüten. Umarbeitung von Hüten wird bereitwilligst angenommen.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 Altmarkt 6
Hoflieferant — Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Für Gartenbesitzer!
Prima-Gartenschläuche in grau, roth, schwarz, Schlauchwagen, Rasensprenger, Metalltheile u. s. w.
zu billigsten Vorzugspreisen.
Carl Weigandt, Königl. Sächs. Hoflieferant. König-Johannstrasse 19.

Rheumatismus **Gicht, Blutandrang, Asthma, Fettleibigkeit, Leberleiden, Herzleiden** werden schnell gebessert u. beseitigt durch Apotheker **Peters** sterilisirten **Medizinal-Citronensaft,** nach Vorschrift des Reichsgesundheitsamtes, nicht zu verwechseln mit and. wirkungsl. u. schädl. Citronensäften, Fl. 3, 2 u. 1 M. m. Einnehmeglas u. Kurvorschrift. Prompter Versandt nach auswärts
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8. Gegr. 1569

Nr. 93. Spiegel: Sozialdemokratie und Gemeindeverwaltung. Hofnachrichten. Landtag. Kunstgewerbeschule. Etwas vom Cognac, Kops-Filiale in Paris, Apollo-Theater, Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: Veränderlich. | **Donnerstag, 5. April 1906.**

Sozialdemokratie und Gemeindeverwaltung.

In Chemnitz hat jüngst eine eigenartige Versammlung getagt, die sich vorgenommen hatte, die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den Aufgaben und Zielen des kommunalen Lebens programmatisch festzulegen. Die Konferenz ist in aller Stille vor sich gegangen und auch die sozialdemokratische Presse hat gar kein Aufhebens von der Sache gemacht; so weit überhaupt von der Versammlung Notiz genommen wurde, geschah es lediglich in der Form einer trockenen Aufzählung der gefaßten Beschlüsse. So kam es, daß die bürgerliche Presse die Chemnitzer Konferenz mit Stillschweigen überging, zumal da der endlose Katalog der aufgestellten Forderungen seiner Länge wegen auch nicht gerade zum genaueren Studium einlud. Man dachte im staatserhaltenden Lager: „Was kann von Chemnitz Gefährliches kommen?" und schloß die Akten, ohne daß man sich die Mühe nahm, sie einer prüfenden Durchsicht zu unterziehen. Wenn man sich indessen das Chemnitzer Sammelsurium von Forderungen etwas näher besieht, so erkennt man sehr bald, daß man es hier mit einem ganz unglaublich dreisten sozialdemokratischen Vorstoße zu thun hat, der von der staatserhaltenden Presse gleich von der Schwelle aus mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden muß. Was die Chemnitzer „Genossen" als Leitsätze für die sozialdemokratische kommunale Agitation aufstellen, zeugt von einer solchen revolutionären Unverfrorenheit, daß offenbar die sozialdemokratische Presse selbst Angst vor den Folgen bekommen hat und deshalb mit Absicht in keine breite Erörterung des Gegenstandes eingetreten ist. Um so mehr liegt es im staatserhaltenden Interesse, daß die Vertuschungsabsicht der Sozialdemokratie durchkreuzt und der öffentlichen Meinung an diesem schlagenden Beispiel gezeigt wird, welche utopistische Geschwollenheit in den Kreisen der zielbewußten „Genossen" herrscht und wie nöthig es nachgerade geworden ist, daß diesen Elementen von bürgerlicher Seite wieder einmal ein tüchtiger Dämpfer aufgesetzt wird, indem man ihnen klar macht, daß die Geduld der Ordnungsvertreter an einem bestimmten Punkte der sozialrevolutionären Herausforderungen ein Ende erreicht.

Man höre und staune, was für einen Wunschzettel die Chemnitzer „Genossen" zusammengestellt haben. Da wird zunächst gefordert: völlige Selbstverwaltung der Gemeinde, allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts unter Anwendung des Proportionalsystems. Die Erfüllung dieser Forderung wäre gleichbedeutend mit der völligen Lahmlegung des Einflusses der Gebildeten und Besitzenden innerhalb der Gemeindeverwaltung. Ueberdies wird noch Wegfall der Bestimmung verlangt, daß der Empfang von Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln das Wahlrecht beschränkt oder aufhebt! Weiter soll die Trennung der städtischen Kollegien aufgehoben werden und die Gemeindevertreter sollen Diäten erhalten. Die Schulen sollen verweltlicht und „einheitlich" gestaltet werden; der Staat soll die Lasten für Schul-, Armen- und Gesundheitswesen, für den Bau und Unterhalt der großen Verkehrs- und Durchgangsstraßen, sowie die Regulirung der Wasserläufe übernehmen; alle Aufwendungen aus Gemeindemitteln für kirchliche und religiöse Zwecke fallen weg. Als einzige Gemeindesteuer soll die direkte Steuer nach steigenden Sätzen zur Einführung gelangen. Alsdann folgt eine lange Liste der „Wohlthaten", welche die sozialdemokratisch organisirte Gemeinde ihren Mitgliedern zu bieten berufen ist. „Umsonst" soll nämlich nicht mehr und nicht weniger geleistet werden als: der Schulunterricht, die Behandlung der Schulkinder durch Schulärzte, die Verpflegung der Schulkinder in besonderen Schulkantinen, die ärztliche Hilfeleistung für Erwachsene, die Darreichung von Heilmitteln, die Beerdigung. Außerdem sollen unentgeltlich geboten werden Volksbibliotheken, Lesehallen, Volksfachschulkurse, Volksbühnen, Volksconcerte, Parks, Kinderspiel- und Turnplätze. Für die Gemeindearbeiter wird Sicherstellung des Koalitionsrechts und Errichtung von Arbeiterausschüssen in allen von der Gemeinde geleiteten Betrieben verlangt. Für „byzantinischen Prunk" und „aristokratische oder geschäftsmäßig betriebene Sports" soll keinerlei Unterstützung aus Gemeindemitteln gewährt werden dürfen.

In den mitgetheilten „Forderungen" tritt der sozialrevolutionäre Größenwahn, von dem die „Genossen" beherrscht werden, mit erschreckender Deutlichkeit zu Tage. Die sozialdemokratische Agitation zur Einflußnahme der „Genossen" auf das kommunale Leben geht äußerst zielbewußt vor und es ist ihr auch schon in verschiedenen Fällen gelungen, Vertreter der rothen Obervanz in die Gemeindeverwaltungen zu entsenden. Wohin das schließlich führt, zeigt das Beispiel Frankreichs. Dort sind zahlreiche Gemeindeverwaltungen in sozialistischen Händen und die leitenden „Genossen" führen eine fürchterliche Mißwirthschaft. Von den verheißenen „unentgeltlichen" Wohlthaten bekommt die Bevölkerung nichts zu spüren, wohl aber werden alle Steuerzahler erbarmungslos geschröpft und die öffentlichen Gelder fließen theils in die eigene Kasse der „regierenden" Genossen, theils werden sie zu den unsinnigsten sozialpolitischen Experimenten verschleudert. Die französische Regierung hat sich in Folge dessen schon mehrfach genöthigt gesehen, derartige sozialdemokratisch organisirte Gemeindevertretungen aufzulösen.

Eine vernünftige staatserhaltende Politik muß hier dem Grundsatze folgen, daß den Anfängen entgegenzutreten ist, und man das Uebel nicht erst weiter einreißen lassen darf. Das kommunale Leben ist die Grundlage des gesammten politischen und wirthschaftlichen Lebens und wer das eine zerstört, erschüttert auch das andere. Die Ordnungsparteien würden sich tief in das eigene Fleisch schneiden, wenn sie die Versuche der Sozialdemokratie, in den Gemeindeverwaltungen festen Fuß zu fassen, ruhig mit ansehen wollten. Das Chemnitzer „Programm" insbesondere ist eine kolossale sozialrevolutionäre Dreistigkeit, eine maßlose vom Zaun gebrochene Herausforderung der bürgerlichen Gesellschaft, und erfordert eine energische Abwehr. Diese darf nicht blos in Worten bestehen, wenn sie wirksam sein soll, sondern es ist nöthig, daß die Ordnungsparteien einen Trumpf darauf setzen. Wie das zu machen ist, zeigt das Vorgehen des sächsischen Landtags in der Wahlrechtsfrage. Der Landtag hatte zunächst noch gar keine Aenderung des bestehenden Wahlrechts in Aussicht genommen. Da kamen aber die Sozialdemokraten mit ihrer aufdringlichen verhetzenden Agitation zu Gunsten ihres besonderen Wahlrechtsidols und die Folge war, daß der Schlag von den Ordnungsparteien in verschärfter Form zurückgegeben wurde. Auch jetzt auf dem kommunalen Gebiet haben es die Anhänger der bestehenden Ordnung in der Hand, auf die Chemnitzer Beschlüsse mit einer scharfen That zu antworten. Die Gemeinden brauchen nämlich blos den Anlaß zu benützen, um allgemein eine solche Aenderung des kommunalen Wahlrechts einzuführen, wie sie zuerst von der Stadt Chemnitz vorgenommen worden ist zu dem Zwecke, den gebildeten und besitzenden Elementen das ihnen im öffentlichen Interesse gebührende Uebergewicht in der Stadtvertretung zu sichern. Wenn die Vertreter der Ordnung in den städtischen Gemeinwesen unseres Landes die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen, so werden sie nicht zögern, das in Chemnitz aufgeblitzte Warnungssignal zu beachten und rechtzeitig entsprechende Gegenmaßregeln in die Wege zu leiten.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. April.

Berlin. Der Kaiser wohnte Abends einer Tafel bei dem russischen Botschafter Grafen v. d. Osten-Sacken bei, zu der auch der Reichskanzler und der Staatssekretär Graf Bülow geladen waren.

Berlin. Die „Kreuzztg." erklärt, über die Absicht, einen Freihandelskurs in der Regierungspolitik herbeizuführen, könne man getrost zur Tagesordnung übergehen, nachdem die freihändlerische Linke selbst ihre Ohnmacht offen eingestanden und die „Köln. Volksztg." festgestellt habe, daß das Centrum eine solche Schwenkung, die ohne das Centrum unmöglich wäre, unter keinen Umständen mitmachen würde. — Zu der Erklärung, daß die Kommissionsbeschlüsse zum Waarenhaussteuergesetz für die Regierung unannehmbar seien, bemerkt die „Deutsche Tagesztg.", daß auch hier das Großkapital mit der Sozialdemokratie im Bunde arbeite, um den städtischen Mittelstand zu verderben, und daß dieser keine Aussicht habe, bei der Regierung Verständniß für seine Lage zu finden. — Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" erfährt, daß die Unterstellung der Wasserbauverwaltung unter das preußische Landwirthschaftsministerium als Kompensation für die Kanalvorlage beschlossene Sache sei. Weiter theilt das Blatt mit, das Ministerium habe sich entschlossen, den Großschiffahrtsweg Stettin—Berlin als gesonderte Vorlage im Abgeordnetenhaus einzubringen. Der angekündigte Gesetzentwurf betr. Regulirung der Unter-Oder, ist bereits fertiggestellt und lag am Montag in Stettin einer Versammlung von Interessenten zur Begutachtung vor, er fand hier von allen Seiten ausdrückliche Billigung. — Wie die „Berliner Wissenschaftliche Korrespondenz" erfährt, ist man an maßgebender Stelle jetzt definitiv entschlossen, die Medizinalverwaltung, welche bisher zum Kultusministerium gehörte, dem Ministerium des Innern einzuverleiben. — Mitte Mai soll in Hannover eine Allgemeine Landesversammlung behufs Stellungnahme zum Fall Weingart stattfinden. — Der Landrath Geh. Regierungsrath v. Scheele zu Kempen erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens. — Die vom Dresdner Verein für Katzen-Schutz und -Pflege veranstaltete erste Internationale Katzen-Ausstellung ist heute hier eröffnet worden. Die Ausstellung ist mit 112 Thieren beschickt. Das größte Thier der Ausstellung ist der Malteser Kater „Columbus" des Herrn Heyl-Dresden. — Ein hunderttägiges Preiskegeln nach amerikanischem Muster soll in diesem Jahre hier stattfinden und zwar vom 15. d. Mt. an bis zum 24. Juli. Der erste Preis besteht in einer Villa nebst Wagen und Pferden, außerdem sind noch 39 Preise ausgesetzt. — Die Zeugenaussagen in der heutigen Verhandlung gegen Goenczy lauteten für diesen direkt vernichtend; außerdem verriet sich Goenczy auch durch die Aeußerung: „Das ist der Läufer, auf den die Dame hingestürzt ist!" Seine frühere Geliebte Frau Müller geb. Rakalski erwiderte auf eine bezügliche Frage des Staatsanwalts, Goenczy habe früher gesagt, er wisse, daß sie es mit einem anderen Manne halte; wenn er diesen träfe, würde er ihn mit einem Messer niedermeheln und sie selbst würde er zum Krüppel schlagen, daß sie zeitlebens genug haben würde. Goenczy habe sich ihr anfänglich auch als unverheirathet ausgegeben. Bankier Gumpert, der mit den Ermordeten in geschäftlicher Beziehung gestanden, schätzte das Vermögen der Ermordeten auf etwa 1¼ Million. — Die bekannte Schöneberger Schüler-Mißhandlungsaffaire, welche die Gerichte wiederholt beschäftigte anläßlich der Beleidigungsklage gegen zwei Journalisten, weil sie öffentlich behauptet hatten, der Tod des Schulknaben Fischer sei auf Mißhandlung zurückzuführen, die sich der Lehrer Richard dem Knaben gegenüber habe zu Schulden kommen lassen, ist in ein neues Stadium getreten; die Staatsanwaltschaft hat gegen Richard die Anklage wegen fahrlässiger Tödtung erhoben.

Kiel. In Fredericia, unweit der deutsch-dänischen Grenze, beabsichtigt Dänemark die Anlegung eines Hafens für Torpedos.

* **Hamburg.** Die Erstaufführung der Oper „Die Bettlerin von Pont-des-Arts" von Karl v. Kaskel hatte großen, durchschlagenden Erfolg. Die Aufführung unter Kapellmeister Gille mit Frau Fleischer, Edel, F. Förster, Lauterer und den Herren Burrian, Lohfing, Weidmann und Berger war glänzend.

Wien. Der Fürst von Bulgarien ist in aller Stille hier eingetroffen. Er reist von hier angeblich zum Besuche seiner Mutter über San Remo nach Cannes, wo sich zur Zeit auch die Großfürstin Wladimir mit ihrer Tochter Helene aufhält. — Aus Paris wird gemeldet, daß die Entsendung russischer Offiziere nach Bulgarien bestritten wird.

Wien. Der Vorsteher des Embryologischen Instituts der Wiener Universität, Professor Dr. Leopold Schenk, dessen Buch über Geschlechtsbestimmung seinerzeit viel erörtert wurde, hat seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht.

Paris. Loubet hat zugesagt, der ersten Sitzung des Internationalen Preßkongresses am 30. Juni präsidiren zu wollen.

Paris. Lecomte beantragt im Senat, die Rede Delcassé's von gestern öffentlich anschlagen zu lassen. (Die Linke applaudirt; einige Mitglieder der Rechten widersprechen.) Der Antrag wird mit 189 gegen 39 Stimmen angenommen. — Botschafter Constance empfing in Konstantinopel den Lehrkörper einer französischen Jesuitenschule und sagte u. A.: Wir haben furchtbare Gegner zu bekämpfen, Nebenbuhler, die unseren Einfluß untergraben und uns verdrängen wollen. Die Protestanten geben viel Geld aus, doch ohne Erfolg. Für uns sind nur die Russen gefährlich. In Syrien besuchten vor drei Jahren 9000 Kinder russische Schulen, jetzt sind es 15,000. Wenn diese Fortschritte andauern, so werden sie vielleicht in 10 Jahren unserem Schutzrecht den Todesstoß versetzt haben.

Madrid. Ministerpräsident Silvela erklärte, die Regierung werde sich demnächst mit den wirthschaftlichen Gesetzen beschäftigen. Der Finanzminister beabsichtige Ende April oder Anfang Mai eine Anleihe aufzunehmen. Die Regierung werde an die politischen Fragen erst nach Ostern herantreten.

London. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind heute nach Kopenhagen abgereist.

Brüssel. Auf den Prinzen von Wales wurde bei seiner Ankunft auf dem hiesigen Nordbahnhof von einem unbekannten Individuum geschossen. Der Prinz blieb unverletzt. Der Thäter wurde verhaftet.

* **Brüssel.** Das Attentat auf den Prinzen von Wales erfolgte, als der Zug, mit dem der Prinz in Ostende eingetroffen war, zur Fortsetzung der Reise den Nordbahnhof wieder verließ. In diesem Augenblicke sprang ein Mann auf das Trittbrett des Salonwagens, in dem der Prinz sich aufhielt, und feuerte einen Revolverschuß auf denselben ab, ohne zu treffen. Näheres über die Person des Thäters und über dessen Beweggründe fehlt noch.

* **Brüssel.** Der Verbrecher, welcher auf den Prinzen von Wales schoß, als dieser den nach Köln abgehenden Zug bestiegen hatte, ist ein 16jähriger Klempner Namens Sipido, der in der Vorstadt Saint-Gilles wohnte. Er führte zahlreiche anarchistische Schriften mit sich und giebt reuelos seine Mordabsicht zu.

Brüssel. „Petit Bleu" hört, daß der Kapellmeister Felix Mottl, also nicht Franz Richter, die Leitung der volksthümlichen Concerte in Brüssel übernimmt.

Brüssel. 35 Druckereien haben die Vorschläge der Setzer nicht angenommen. Die Ausständigen erhalten Zuschüsse aus London und Paris.

Berlin. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 152, Roggen 142, Hafer 140 Mk.; Stettin-Stadt: Weizen 148, Roggen 138,50, Hafer 126 Mk.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Oesterr. 233,50. Lombarden 101,90. Dresdner Bank 138,80. Staatsbahn 134,30. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 26,40. Matt.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 101,10. Italiener 94,25. Spanier 74,40. Portugiesen 26,30. Türken 23,35. Türkenlose 126,20. Ottomanbank 561,00. Suezkanalbahn —,—. Lombarden 158,00. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per April 20,40, per Sept.-Dezbr. 21,35, ruhig. Spiritus per April 38,25, per Septbr.-Dezember 37,25, ruhig. Rüböl per April 68,50, per Septbr.-Dezbr. 62,00, fest.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Mai —, per Nov. 188, ruhig. Roggen per Mai 136, per Oktober 132, fest.

London. Produkten-Bericht. Sämmtliche Getreidearten fest. Fremder Weizen mindestens ½ Sh. höher, Mais ½ Sh. höher verkäuflich. Hafer ½ mehr gefragt, ½ theurer. Schwimmender La-Plata-Weizen ½ theurer, Hafer ½, Gerste ¼, Mais ¼ bis ½ Sh. theurer angeboten. — Wetter: Milder.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat dem Oberlandesgerichtsrath Friedrich Rudolf **Vogel** den Titel und Rang eines Oberjustizraths verliehen.

— Von Sr. Hoheit dem Herzog-Regenten Johann Albrecht ist dem Uhrmachermeister Ernst **Rabovsky,** Reichsstraße 8, der Titel eines „Hofuhrmachers Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin" verliehen worden. Außerdem erhielt Herr Rabovsky das Bildniß des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin mit eigenhändiger Unterschrift.

— Dem Vernehmen nach ist Herr Kreishauptmann v. **Welck**-Zwickau zum Vorstande der in Chemnitz neuerrichteten Kreishauptmannschaft ernannt worden. Zu seinem Nachfolger in Zwickau ist Herr Geh. Regierungsrath **Forker-Schubauer,** der zur Zeit dem Ministerium des Innern als vortragender Rath angehört, designirt worden.

— Landtag. Die **Zweite Kammer** hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung in Schlußberathung mit einer Reihe von Kapiteln des ordentlichen Etats, das Departement des Innern betreffend, zu beschäftigen und bewilligte sie nach längerer Debatte allenthalben unter Wegfall der Eventualaufrückung unverändert nach der Vorlage. Zu Kapitel 48, die **Polizeidirektion** zu Dresden, wurde der bereits mitgetheilte Antrag angenommen. Die zu dem Kapitel Stenographisches Institut vorliegende Petition der Mitglieder desselben um Gehaltserhöhung wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen, die zu dem Kapitel über allgemeine Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten eingegangene Petition der Königl. Sächsischen Kommission für Geschichte um Anstellung eines Historiographen für die sächsischen Landstände dagegen auf sich beruhen gelassen. Zu dem Kapitel Ministerium des Innern und Kanzlei ergriff Abg. **Seifert**-Zwickau (soz.) das Wort, um sich in längeren Ausführungen über das Gebahren der **Polizeibehörden** bei Gelegenheit des Zwickauer Bauhandwerkerstreiks zu verbreiten bezw. zu beschweren. Die Polizeibehörden hätten das Verbot des Streikpostenstehens zu Unrecht ausgeübt; den abreisenden Männern seien das Zehrgeld und die Fahrkarten abgenommen worden und die von der Zwickauer Polizeidirektion verfügte Auflösung der Streikkommission sei nicht gerechtfertigt. Abg. **Fräßdorf**-Mickten (soz.) bestätigt die Ausführungen des Vorredners. Eine Lohnbewegung habe mit dem Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung absolut nichts zu thun. Die bei dem Zwickauer und Pirnaer Maurerstreik von den Behörden ergriffenen Maßnahmen könne er nicht als im Interesse von Ruhe und Ordnung erfolgt ansehen. Indem man die Gewerkschaftsbewegung in einer solchen Weise behandle, erziele man am allerwenigsten eine Eindämmung des Bestrebens auf Umsturz von Staat und Ordnung. Schließlich bleibe nur noch der revolutionäre Gedanke übrig. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschwert sich Redner über inkorrekte Behandlung der in Arbeitsanstalten Untergebrachten. Diese sollten dort nicht erst zu Zuchthäuslern gemacht werden. Die Regierung möge nach der Richtung ein wachsames Auge haben. Die Errichtung von Gewerbegerichten, die sehr segensreich wirkten, möchte die Regierung durch Anweisung an die Unterbehörden unterstützen und ferner dahin wirken, daß unser Krankenkassenwesen nicht decentralisirt, sondern centralisirt werde. Auch möge das Ministerium dahin wirken, daß die Gemeindewahlrechte so eingerichtet würden, daß auch die minder bemittelten Klassen im Gemeinderath vertreten seien. Be-

Wund's fertilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Wund, Bautzner Str. 79. Trocken-fütterung